

Antrag Nr. 12-F-08-0053

Linke&Piraten

Betreff:

Prioritätenliste Schulbaumaßnahmen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 02.05.2012 -

Antragstext:

Am 17. Februar 2011 hat die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung einstimmig den Antrag „Prioritätenliste Schulbaumaßnahmen in der Landeshauptstadt Wiesbaden“ beschlossen (Beschluss Nr.0121).

Der Magistrat wurde damals beauftragt,

- (1) ein integriertes Planungs- und Entscheidungsinstrumentarium für den Schulbau und die Schulsanierungen zu entwickeln;
- (2) zunächst einen neutralen Gebäudezustandsbericht für alle Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu erstellen;
- (3) eine Schulbauprioritätenliste zu erstellen. Die Prioritätenliste soll objektivierbare Kriterien beinhalten, die zwischen dringend bzw. kurz-, mittel- und langfristig zu veranlassenden Maßnahmen unterscheiden;
- (4) die schulpolitischen Aussagen des Schulentwicklungsplanes in der Prioritätenliste zu berücksichtigen.

Bis heute wurde dieser Auftrag der Stadtverordnetenversammlung nicht erledigt trotz wiederholter Anmahnungen und (nicht eingehaltener) Zusagen der Schuldezernentin. Der Ausschuss für Schule und Kultur beschäftigte sich zuletzt am 26. April 2012 mit diesem unerledigten Auftrag. Nach § 39, Absatz 3, der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung, kann die Stadtverordnetenversammlung innerhalb von 6 Monaten einen Sachstandsbericht des Magistrates hinsichtlich der Umsetzung eines Beschlusses erwarten.

Seit der Beschlussfassung im Februar 2011 sind nun fast 15 Monate vergangen, ohne dass seitens des Magistrats ein Sachstandsbericht erfolgte. Die „Berichterstattung“ erschöpfte sich bisher auf Ankündigungen der Vorlage, die nicht eingehalten wurden, und die Mitteilung in der letzten Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur, dass die CDU/SPD-Koalition sich bislang habe nicht einigen können.

Noch nicht einmal das „integrierte Planungs- und Entscheidungsinstrumentarium für den Schulbau und die Schulsanierungen“ mit „objektivierbaren Kriterien“ noch der „zunächst“ zu erstellende „neutrale Gebäudezustandsbericht“ liegen vor.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

zu berichten,

- zu welchem Zeitpunkt das „integrierte Planungs- und Entscheidungsinstrumentarium“ mit „objektivierbaren Kriterien“ in der zuständigen Fachverwaltung vorlag und
- zu welchem Zeitpunkt der „neutrale Gebäudezustandsbericht“ von der zuständigen

Antrag Nr. 12-F-08-0053 Linke&Piraten

Fachabteilung erstellt war und

zu erklären,

- wann der Magistrat bzw. der Oberbürgermeister als der für die Geschäftsverteilung Verantwortliche dafür sorgt, dass dem Magistrat, den betroffenen Ortsbeiräten sowie der Stadtverordnetenversammlung mit ihren dafür zuständigen Ausschüssen das im Februar 2011 beschlossene Planungs- und Entscheidungsinstrumentarium sowie die Prioritätenliste für die Schulsanierungen zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird und
- wie er in Zukunft zu verfahren gedenkt, wenn wichtige und dringliche Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung im Interesse der Bürgerschaft wahrgenommen werden müssen, sich die CDU/SPD-Koalition aber nicht einigen kann.

Wiesbaden, 02.05.2012

gez. Hendrik Seipel-Rotter
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin